

## **Viele Organisationen warnen vor hohem Aufwand bei Ende der vereinfachten Medikamentenabgabe**

### **Utl. Offener Brief an BM Rauch und die Spitzen der Sozialversicherung**

BAG (Caritas, Diakonie, Hilfswerk, Rotes Kreuz und Volkshilfe), Lebenswelt Heim Bundesverband, Interessengemeinschaft pflegende Angehörige, Österreichische Gesundheits- und Krankenpflegeverband und der Pensionistenverband Österreichs schlagen Alarm. Die Aufhebung aller Corona-Maßnahmen ab 30.6.2023 hat für die Medikamentenversorgung in der Langzeitpflege schwerwiegende Folgen.

Für Direktor Erich Fenninger, der aktuell den Vorsitz der Bundesarbeitsgemeinschaft Freie Wohlfahrt (BAG) führt, „bedeutet das Auslaufen der Regelung, dass Medikamente nicht mehr rasch und unbürokratisch durch Mitarbeiter\*innen mobiler Dienste oder stationärer Einrichtungen bei den Apotheken abgeholt werden können. Die angekündigten neuen Abläufe im Zuge der Einführung des e-Rezepts bei der Abholung, beispielsweise mittels e-card und 12-stelligem Einmalcode oder Handysignatur, wird die Arbeit in der mobilen und stationären Langzeitpflege enorm verkomplizieren. Digitalisierung ist wichtig, soll aber zu mehr Effizienz führen und nicht zu zeitaufwändigen Verschlechterungen und zur Gefährdung der Medikamentenversorgung.“

Martin König, Vizepräsident der Lebenswelt Heim Bundesverband fordert, „dass auch weiterhin die funktionierende und unbürokratische Versorgung der betreuungs- und pflegebedürftigen Menschen in den Alten- und Pflegeheimen mit Medikamenten sichergestellt ist. Dazu braucht es jetzt endlich konstruktive Gespräche und ein gemeinsames Vorgehen aller Beteiligten der an diesem Prozess involvierten Systempartner, um eine praktikable Lösung zu finden!“

Der Präsident des unabhängigen Pensionistenverbandes Dr. Peter Kostelka: „Die Menschen in Pflegeberufen brauchen Entlastung und keine Hürden. Die Zeit von Menschen die pflegen ist kostbar und knapp. Die derzeitige Vorgangsweise zur Medikamentenabholung in den Apotheken hat sich in den letzten Jahren bewährt. Daher sollte sie im Interesse der Menschen, die die Medikamente benötigen aber auch der Pflegekräfte bzw. den pflegenden Angehörigen weiter gelten.“

Elisabeth Potzmann, Präsidentin des Österreichischen Gesundheits- und Krankenpflegeverbands: „In der professionellen Pflege kam es in den vergangenen Jahren zu einer starken Verdichtung der Arbeit. Maßnahmen, die zu einer Erleichterung beitragen, sind erwünscht und hochnotwendig. Aus diesem Blickwinkel ist es wenig verständlich, bereits erprobte Maßnahmen wieder zurückzunehmen. Wir brauchen die durch IT-Unterstützung freiwerdenden Ressourcen in der direkten Patientenversorgung. Das sollte bei allen Entscheidungen, welche den Arbeitsprozess der Pflege beeinflussen, mitbedacht werden.“

Für Birgit Meinhard-Schiebel, Präsidentin der Interessengemeinschaft pflegender Angehöriger „darf keine weitere Verschlechterung durch bürokratische Abläufe entstehen, die die Letzten in der Kette der Versorgung, die pflegebedürftigen Menschen und ihre pflegenden Angehörigen, trifft.“

Fenninger abschließend: „Wir haben bereits im April auf die Probleme beim Auslaufen der Verordnung hingewiesen. In Zeiten großer Personalnot sind die Alternativen inakzeptabel und sorgen bereits jetzt für Unruhe in den Belegschaften. Und es wird Kosten verursachen, die uns niemand ersetzen wird.“

Daher fordern die BAG-Organisationen gemeinsam mit dem Lebenswelt Heim Bundesverband und anderen Organisationen in einem offenen Brief an Sozialminister Rauch und die Spitzen der Sozialversicherung dringend eine Übergangslösung und die Einbindung ihrer Expert\*innen für eine praxisorientierte Lösung.

**Link zum offenen Brief**